

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkasse Nr. 12 — Ostbayerische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postfachkonto: Dresden 33 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbjährlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Allendorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostrau, Rorsdorf, Postelwitz, Traßdorf, Rathmannsdorf, Reinhardtswald, Schmiffa, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele
Verantwortlich: R. Koblappert

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Zeile 15 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 20 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 92

Bad Schandau, Donnerstag, den 21. April 1927

71. Jahrgang

Die Frage der Rheinlandräumung

Rheinlandschritt Deutschlands im Sommer?

Ein vielbeachteter Stresemann-Artikel.

In politischen Kreisen Frankreichs steht gegenwärtig im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses ein Artikel, den Dr. Stresemann vor einigen Tagen in einem rheinischen Blatte veröffentlicht hat. In diesem Artikel, der sich mit der Frage der Rheinlandräumung beschäftigt, hatte Dr. Stresemann den Gedanken ausgesprochen, daß es für die Entwicklung der Verhältnisse in der Welt am besten wäre, wenn in der Frage der Rheinlandräumung die Initiative freiwillig von der anderen Seite ergriffen und durchgeführt würde. Ein Pariser Blatt hat an Berliner

autoritärer Stelle Erkundigungen darüber entzogen, ob diese Ausführungen des Reichsaußenministers das Vorspiel zu einer diplomatischen Aktion der Reichsregierung seien. Das Blatt glaubt mitteilen zu können, daß dies nicht der Fall sei.

Diese Nachricht scheint auch richtig zu sein, denn während der letzten Ratstagung in Genf hat Reichsaußenminister Dr. Stresemann ausdrücklich erklärt, daß die deutsche Reichsregierung sich den Zeitpunkt vorbehalten, einen offiziellen Schritt zur Räumung des Rheinlandes bei den Befugungsmächten zu unternehmen. Als Zeitpunkt für diese diplomatische Demarche Deutschlands ist damals die Beendigung der Entwaffnung der Ostbefehtigungen Deutschlands genannt worden. Die Frage der Ostbefehtigungen dürfte etwa im Juni erledigt sein, so daß also dann mit einer Aktion Deutschlands zur Räumung der Rheinlande gerechnet werden kann.

Banditenüberfall auf einen Zug in Mexiko.

187 Reisende getötet.

New York, 20. April. Wie aus Mexiko gemeldet wird, überfielen Banditen den von Guadalajara kommenden Zug. Sie verschloßen die Türen und steckten den Zug in Brand, so daß sämtliche Reisende, 187 Männer, Frauen und Kinder, unter schrecklichem Schreien bis zur Untertlichkeit verkohlt.

Ueber das grauenhafte Verbrechen wird noch folgendes bekannt:

Nach einem Berichte von Associated Press ist gestern auf der Eisenbahnlinie zwischen Mexiko und Guadalajara bei Limon im Staate Jalisco ein Personenzug von Räubern zur Entgleisung gebracht und verbrannt worden. 170 Insassen des Zuges und die gesamte aus 17 Soldaten bestehende militärische Eskorte sind entweder von den Räubern erschlagen worden oder mit den Trümmern des Zuges verbrannt. Associated Press bezeichnet die Tat als eine der schlimmsten, die in Mexiko überhaupt vorgekommen sind.

Zu dem Ueberfall wird noch gemeldet, daß die Banditen den Zug zum Halten zwangen, indem sie die Lokomotive zur Entgleisung brachten. Sie töteten zunächst die militärische Eskorte des Zuges und schloßen dann die Passagiere in den Wagen ein, die sie mit Petroleum begossen und in Brand setzten. Wer von den Fahrgästen aus den brennenden Wagen zu flüchten versuchte, wurde niedergeschossen. Der Zug wurde von den Flammen völlig zerstört.

Nach neueren Meldungen nimmt man an, daß die zunächst angegebene Zahl der Opfer unter Umständen zu hoch gegriffen ist. Es sollen sich keine Amerikaner unter den Ermordeten befinden.

England und China.

Der Bruch in der kommunistischen Partei Chinas.

Der diplomatische Korrespondent der „Westminster Gazette“ schreibt u. a., es sei nicht ausgeschlossen, daß im Zusammenhang mit der Forderung nach Wiedergutmachung der Nanking Verbrechen die britische Konzeption in Hankau wieder zurükgenommen werden wird. Die britische Regierung ist nach wie vor willens, mit einer chinesischen nationalistischen Bewegung, die von dem ausländischen Element aus Moskau gereinigt ist, zu verhandeln. In Ergänzung hierzu meldet der „Daily Herald“: Die britische Regierung wünscht dringend, daß Strafmahnahmen sich lediglich gegen die Hankauer Regierung richten sollen und nicht gegen Tschangtaischel oder irgendein unter seiner Kontrolle befindliches Gebiet. Deshalb wird der vor Tschangtaischels Staatsstreich erwogene Gedanke, Nanking zu besetzen, aufgegeben werden. Dagegen wird der Plan einer gewaltigen Wiederbesetzung der Hankauer Konzeption mit der Begründung, daß die Bedingungen des Abkommens nicht erfüllt wurden, sehr ernstlich erwogen. Die Entsendung zweier Kriegsschiffe und eines Flugzeugmutterstiftes nach Hankau ist möglicherweise die Vorbereitung für einen solchen Schritt.

Nach einer Meldung aus englischer Quelle soll der vollkommene Bruch zwischen den radikalen Elementen der Nantonregierung in Hankau und der von

Tschangtaischel eingesetzten neuen Regierung in Nanking durch die Initiative der Radikalen in Hankau vollzogen worden sein. Hankau habe in drei amtlichen Erlassen Tschangtaischel seines Postens enthoben, zu seinem Nachfolger dem Vernehmen nach den bekannten Christengeneral Fung bestellt und alle Verbindungen zwischen Hankau und Nanking als gelöst erklärt. Tschangtaischel soll aufgefordert worden sein, sich einem Tribunal der Extremisten in Hankau zu stellen.

Das Hauptquartier Tschangtaischels gibt bekannt, daß sich unter den in den russischen Votschaftsgebäuden am 6. April beschlagnahmten Schriftstücken Anweisungen Moskaus an die Sowjetbofschaft befinden. Darin heißt es, die chinesischen Volksmassen müßten mit allen Mitteln zu Gewalttätigkeiten gegen Europäer im allgemeinen und Engländer im besonderen aufgereizt werden. Um eine internationale Intervention in China zu provozieren, seien auch Plünderungen und die Ermordung von Ausländern gerechtfertigt.

Neue englische Truppen nach China entsandt.

London, 20. April. Eine gut ausgerüstete Pionierkompagnie ist heute von Aldershot nach Southampton abgegangen, wo sie nach China verschifft worden ist. Die Kompagnie führt 51 Lastkraftwagen neuesten Typs mit sich. Außerdem sind zwei Bataillone der ersten Feldartilleriebrigade nach ihrem Verschiffungshafen abgegangen, nachdem der Stab und zwei Batterien bereits vorher nach China entsandt worden sind. Gleichzeitig ist das dritte Geschwader des englischen Fliegerkorps nach dem Verschiffungshafen Southampton abtransportiert worden. Den Transport wird ein fliegendes Lazarett mit 200 Betten vervollständigen.

Die neuen Truppenverschiebungen, bei denen nicht klar erkennbar ist, ob sie in den Rahmen der kürzlich von der Admiralität angekündigten Verstärkungen fallen oder bereits darüber hinausgehen, deuten darauf hin, daß die englische Regierung die Entwicklung in China als eine Verschärfung der Lage ansieht. Diese neuen Verschiebungen sind besonders im Zusammenhang mit den angekündigten Flottentkonzentrationen vor Hankau und Nanking bemerkenswert, da sie, gleichviel, wie die Antwort an Tschen ausfallen wird, zeigen, daß sich England sowohl zu Lande wie zur See auf alle Möglichkeiten in China vorbereitet.

Blockadedrohung der Mächte gegen China

Heute fanden zwischen den Oberkommandierenden der fünf Mächtestreitkräfte in China statt, in denen ein gemeinsamer Blockadeplan gegen China festgelegt wurde. Japan, das sich bisher ablehnend gegen eine Blockade zeigte, soll ebenfalls daran teilnehmen.

Neue Hinrichtungen in Shanghai.

Sechs Führer der Gewerkschaft der Seeleute, die kürzlich während des Generalstreikes in Shanghai verhaftet wurden, sind am 19. April hingerichtet worden. Hierdurch erhöhte sich die Zahl der während der letzten drei Wochen hingerichteten Kommunisten auf über 100.

Für eilige Leser.

* Aus Moskau wird gemeldet, daß die Sowjetregierung im kommenden Sommer einen Propagandaflug über Europa plant. Der Flug soll über Moskau—Leningrad—Riga—Berlin—Paris—Wien—Lemberg—Moskau führen.

* Gestern ist in Moskau der in Kabul erfolgte Abschluß eines Freundschafts- und Neutralitätsvertrages zwischen Rußland und Afghanistan bekannt gegeben worden. Die Bekanntgabe erfolgte unter demonstrativer Hinzuziehung des türkischen und des persischen Gesandten.

* In Kanada wurden bei einem Güterzugunglück, 56 Meilen westlich von Hornepayne, sieben Personen getötet. In einem der verunglückten Güterzüge befanden sich 38 Rennpferde, die sämtlich ums Leben kamen.

Neue französische Saarpläne.

Von Dr. Kurt Hüttenbräuer, Saarbrücken.

Wie der Geist von Locarno ist auch der von Thoiry an dem Saargebiet spurlos vorübergegangen; die Frage der vorzeitigen Vereinigung der Saarfrage ist vorerst einmal wieder von der Tagesordnung abgesetzt worden. Schon wieder nährt man in Frankreich neue Hoffnungen, daß es doch gelingen möge, im Saargebiet etwas zu erreichen. Wiederrum hat die französische Propagandatätigkeit, die zeitweilig als nutzlos eingestuft worden war, einen großen Umfang angenommen. Und außerdem arbeitet Frankreich mit ausgeklügelten Mitteln in gewissenloser Weise daraufhin, wenigstens eine Zerstückelung des Saargebietes zu erreichen, wenn es schon nicht gelingen soll, das ganze Saargebiet zu „erobern“.

Die Kohlengruben des benachbarten Lothringens haben in den letzten Jahren eine schnelle Aufwärtsentwicklung erlebt; die Gesamtförderung ist von 3,8 Millionen (1913) auf 5,3 Millionen Tonnen (1926), also um 40 Prozent gestiegen; dabei hat man ein großzügiges Förderprogramm aufgestellt, bei dessen Durchführung die lothringische Kohlenförderung sich im Jahre 1935 — dem Abstimmungsjahr für das Saargebiet — auf 9 Millionen Tonnen belaufen soll. Das bedeutet, daß von diesem Zeitpunkt an Frankreich die Saarkohle reiflos durch lothringische Kohle ersetzt werden kann. Die Saargruben werden daher in die allergrößten Schwierigkeiten geraten, wenn ihnen ihr Hauptabnahmegerbiet genommen wird, während gleichzeitig nach Lage der Verhältnisse Deutschland nicht in der Lage ist, die Saarkohle, die unter so ungunstigen Bedingungen gefördert wird, aufzunehmen. Dazu kommt, daß die lothringischen Gruben aufs beste ausgebaut und technisch ausgerüstet werden, während die Saargruben infolge des dort betriebenen Raubbaus in absehbarer Zeit dem Verfall preisgegeben sind.

Die Steigerung der Förderung in Lothringen bedingt die Neuamwerbung von zahlreichen Bergarbeitern; diese stehen aber in Frankreich nicht zur Verfügung; und so kommt es denn, daß sie sich hauptsächlich aus dem Saargebiet rekrutieren. Schon jetzt ist die Lage so, daß in manchen saarländischen Ortschaften nicht weniger als 97 Prozent der Arbeitnehmerschaft in lothringischen Gruben beschäftigt werden. Schon greifen die Anwerber für die lothringischen Gruben auf immer weiter von der Grenze abgelegene Ortschaften zurück. In den nächsten Jahren will allein die Firma „Saar und Mosel“ 4000 neue Arbeiter beschäftigen. Man wird dabei annehmen können, daß schließlich auch die Saargrubenverwaltung diese Bestrebungen unterstützen wird, indem sie ihrerseits Arbeiter entläßt, die auf den lothringischen Gruben neu angeworben werden.

Diese Entwicklung bedeutet insofern eine große politische Gefahr, als mit der Möglichkeit zu rechnen ist, daß im Augenblick der Volksabstimmung die lothringischen Arbeitgeber auf ihre saarländischen Arbeiter in dem Sinne einen wirtschaftlichen Druck ausüben, um unter ihnen Stimmensfang für Frankreich zu betreiben. Daß man dabei auf französischer Seite rücksichtslos verfahren wird, bedarf nach den Erfahrungen der Vergangenheit keiner Frage mehr. Wenn es nur gelingt, durch derartige Druckmittel — man wird kurzerhand mit dem Gefenst der Entlassung drohen — in einigen Gemeinden des Saargebietes bei der Abstimmung eine französische Mehrheit zu erhalten, dann ist für Frankreich die Möglichkeit gegeben, nach oberhalblichem Vorbild im Saargebiet Verwirrungen anzurichten, zumal ja die Abstimmung gemeindefeise erfolgen soll, und dann im Trüben zu fischen, d. h. schließlich eine Zerstückelung des Saargebietes herbeizuführen.

Dazu kommt noch ein weiteres: Schon im Jahre 1922 hat die lothringische Firma „Saar & Mosel“ unterirdisch ins Saargebiet vorgestoßen und hat mit dem Abbau saarländischer Kohlen begonnen. Im Jahre 1924 hat sich diese Firma diesen Raub durch einen auf 99 Jahre (!) abgeschlossenen Pachtvertrag rechtsfertigen lassen. Aus einem Schacht Ste. Fontaine sind in den Jahren 1922—25 nicht weniger als 300 000 Tonnen saarländischer Kohle abgebaut worden. Außerdem hat man in unmittelbarer Nähe der Grenze, aber noch auf lothringischem Boden, einen neuen Schacht, Eilas Remeauz, niedergebracht und diesen ganz neuzeitlich ausgebaut, so daß aus diesem Schacht in diesem Jahre nicht weniger als 300 000 Tonnen Kohle gefördert werden dürften. Also ein ganz großzügiges Raubprogramm!

So sehr es auch bedauert werden muß, daß für die so geförderteten Kohlenmengen das Saargebiet keinerlei Steuern erhält, so liegt die Hauptgefahr doch auf einem andern Gebiete. Man bedenke, die Schächte liegen jeweils auf lothringischem Boden, von denen aus man dann immer weiter ins Saargebiet vorstoßen kann. Man setzt sich damit über den einfachsten Rechtsgrundsatz hinweg, daß im Bergbau die Landesgrenze im-